

Kirche im Sozialismus – Protestantismus in der DDR*

Für Ulrike

In Kleinobringen im Weimarer Land sammelt sich eine kleine Gemeinde. Der Schnee überdeckt nur notdürftig die offensichtliche Baufälligkeit der Kirche, die mit erheblichem und nicht übersehbarem Aufwand so weit beheizt wird, daß zumindest für die Dauer der Veranstaltung keine Frostschäden zu erwarten sind. Es handelt sich allerdings nicht um einen Gottesdienst, jedenfalls nicht im herkömmlichen Sinne: Ein engagierter Bürger des Dorfes lädt mit einem Freundeskreis zum Adventskonzert. Nun bereits zum wiederholten Male, so daß man unter zeitgenössischen Bedingungen schon versucht ist, von so etwas wie einer Tradition zu sprechen. Es ist kein Gottesdienst, nein ein vielfältiges Amateurkulturprogramm wird geboten. Und zwar von Amateuren im eigentlichen, guten Sinn: Es sind Liebhaber des Wortes und der Musik, die sich zusammenfinden und spielen, rezitieren, singen. Alle singen mit, was aber nicht ausschließt, daß einige der Darbietungen von hohem Niveau sind. Nicht der Pfarrer ist die Hauptperson, sondern der Initiator der Veranstaltung. Er ist nicht nur Moderator des Abends, sondern auch im Hauptberuf in solcher Funktion bei dem regionalen Radiosender tätig. Er stammt aus einem protestantisch-kirchlichen Elternhaus. Allerdings zählt sich nur der kleinere Teil der Teilnehmenden zur örtlichen Kirchengemeinde. Der Pfarrer sieht selten so viele Menschen in der Kirche. Selbst dann nicht, wenn er alle zusammenzählt, die sich in den verschiedenen Orten seines Sprengels versammeln, um Gottesdienst zu feiern. Und doch stimmen alle ein in die Advents- und hoffnungsvoll vorweggenommenen Weihnachtslieder, die vom Licht im Dunkel künden und den verheißen, der die Liebe ist und die Liebe in die Not der Welt bringen und zur Liebe anstiften will.

Kleinobringen ist sicher nicht repräsentativ für die protestantische Kirche oder den Protestantismus in der DDR, wohl nicht einmal für die Situation in der *ehemaligen* DDR zwölf Jahre nach dem Mauerfall. Und doch ist diese Situation symptomatisch, läßt sich an ihr allerhand entdecken, was den Protestantismus in der Zeit der DDR geprägt hat, wie er vielleicht auch die DDR geprägt hat und was davon prägend bleibt in einem Gebiet, in dem Sozialismus und Protestantismus gleichermaßen untergegangen und nur noch in gut organisierten Residualmilieus anzutreffen zu sein scheinen.

* Herr OKR i.R. Uwe-Peter Heidingsfeld hat eine frühere Version dieses Essays gelesen und mir hilfreiche Anregungen gegeben. Dafür gilt ihm mein Dank!

1. Entkirchlichung und Säkularisierung

Zunächst ist bei Betrachtung der Szene in Kleinobringen augenscheinlich, daß sich in der DDR eine massive Entkirchlichung vollzogen hat. Das Gebiet der DDR war traditionell überwiegend protestantisch: 1939 waren 85,7% der Bevölkerung evangelisch und 7,2% katholisch. Zehn Jahre später, 1949, im Jahre der Gründung der DDR, waren es immerhin noch 80,5% Evangelische, und der Anteil der Katholiken hatte sich durch Zuwanderung aus den ehemals deutschen Ostgebieten und Nordböhmen („Sudetenland“) sogar auf 11% erhöht. Zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung der DDR, bei der die Konfessionszugehörigkeit erhoben wurde, im Jahre 1964, war schon ein deutlicher Rückgang der evangelischen Kirchenmitglieder auf knappe 60% zu verzeichnen. Das katholische Bevölkerungssegment hat sich bei 8% stabilisiert. Dieser negative Trend für die evangelischen Kirchen hat sich bis in die achtziger Jahre hinein fortgesetzt und sich dann erst Ende der achtziger Jahre auf niedrigem Niveau stabilisiert, wobei das vorherrschende Problem nicht mehr die Kirchenglieder, sondern die Überalterung der Kirchenglieder, auf Grund des massiven Rückgangs der Taufen. 1989 waren es gerade noch knappe 25% der Bevölkerung, die zur evangelischen Kirche gehörten. So wurde in den Kernlanden der lutherischen Reformation innerhalb weniger Jahrzehnte aus der protestantischen Volkskirche eine Minderheitskirche.

Die stärkste Zunahme von Kirchengliedern korreliert eindeutig mit den Phasen verstärkter Repression von Seiten des SED-Regimes gegen Kirchen und Christen. Ein erster Höhepunkt ist 1953/54 zu verzeichnen. Der zweite schwere Einbruch lag zwischen 1957 und 1959. In diesen drei Jahren nahmen die Taufzahlen um etwa ein Drittel ab und die ohnehin hohen Austrittszahlen verdoppelten sich noch einmal. Der zeitliche und auch kausale Nexus mit der staatlichen Kirchen- und Religionspolitik ist hier evident: Der rasante Anstieg der Kirchenglieder fällt zusammen mit den Angriffen staatlicher Behörden gegen die Junge Gemeinde und die Bahnhofsmision, der Verdrängung der Kirchen aus dem schulischen Bildungssektor und der ideologisch bedingten Einführung der Jugendweihe. Ein großer Teil der Kirchenglieder ist deshalb der staatlichen Repression zuzuschreiben. Zusätzlich sind aber auch Faktoren relevant, die für alle modernen Gesellschaften den Abbruch institutioneller kirchlicher Bindungen begünstigen, wie zum Beispiel Zunahme der Mobilität und Urbanisierung.

Der Verlust der gesellschaftlichen Plausibilität von Kirchenmitgliedschaft und die geringe Partizipation an kirchlichen Veranstaltungen selbst bei Kirchenmitgliedern ist in der DDR historisch vorbereitet. In den protestantischen Kirchen der späteren DDR hat sich schon seit dem vorletzten Jahrhundert eine ‚Christ-sein-ohne-Kirche-Mentalität‘ angebahnt. Besonders betroffen waren die Arbeitermilieus in den Industriegebieten. Die Austrittszahlen belegen eindeutig, daß die Kirchenglieder in Großstädten und Neubaugebieten die höchsten Werte angenommen hatten. Für Ost-Berlin ging man etwa davon aus, daß der Anteil

der evangelischen Christen unter 10% der Gesamtbevölkerung lag. In einem reinen Neubaugebiet, in dem dennoch seit Jahren evangelische Gemeindefarbeit betrieben wurde, betrug er nicht mehr als 3%.

Man kann also zusammenfassend festhalten, daß in der DDR bereits in Folge von Modernisierung die gesellschaftliche Plausibilität christlicher Religion abgenommen hat. Zu den hohen Zahlen tatsächlicher Kirchenaustritte haben dann aber die staatlichen Repressionen und die von der SED für verbindlich erklärte Weltanschauung wesentlich beigetragen. Diese Interpretation wird gestützt durch die Tatsache, daß es sowohl in den Phasen geringer Repression als auch nach dem Zusammenbruch des DDR-Systems im Ganzen nur eine geringfügige Zunahme der Kircheneintritte gab. Das Argument, der erzwungene Abbruch der Plausibilitätsstrukturen hätte ausgereicht, um der Kirchenmitgliedschaft nachhaltig die soziale Stützung zu entziehen, ist insofern unzureichend, als in anderen Staaten des früheren Ostblocks die Repressionen massiver und die Behinderung der Arbeit der verfaßten Kirchen erheblicher waren und dennoch dort teilweise ein Ansteigen von Religiosität und Kirchenmitgliedschaft zu beobachten ist. Hier dürfte die entwickeltere Sozialstruktur der DDR, ihre bedingte Modernität eine entscheidende Rolle gespielt haben, obgleich die konfessionellen Unterschiede zu den überwiegend orthodox bzw. katholisch geprägten anderen Ostblockländern zu beachten sind. Es war also nicht nur das schlechte gesamtgesellschaftliche Klima gegenüber der Religion, sondern auch andere Faktoren waren relevant. Bei näherer Betrachtung trifft man auf gesellschaftliche Bedingungen, wie sie ebenfalls in anderen vergleichbaren Industriegesellschaften auftreten. Der Modernisierungsprozeß in der Industriegesellschaft der DDR, der auf Grund der Differenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme in Urbanisierung, Rationalisierung, Technisierung, Zunahme der Mobilität und des Bildungsgrades resultiert, führte zusammen mit der repressiven Religionspolitik der SED zu einer Minorisierung der evangelischen Kirchen und stellte sie damit vor neue gesellschaftliche und theologische Herausforderungen.

Diese Interpretation wird auch dadurch gestützt, daß es nach dem Ende der SED-Herrschaft in der DDR nicht zu einem religiösen Revival gekommen ist. Die Kirchenmitgliedschaftszahlen blieben in etwa stabil und auch außerkirchliche Religiosität verzeichnet keinen nennenswerten Zuwachs. Möglicherweise fanden die antireligiösen und antiklerikalen Ideologeme der SED-Doktrin fruchtbaren Boden und waren ungleich erfolgreicher als die ökonomischen und politischen Strategeme. Allerdings scheint dies nicht einem wie auch immer gearteten humanistischen Werteverständnis förderlich gewesen zu sein, sondern eher einem Werte-Agnostizismus den Weg bereitet zu haben.

2. Institutionelle Konsolidierung und Eigenständigkeit

Es ist üblich geworden, von *den* evangelischen Kirchen in der DDR zu sprechen, und auch der Titel dieses Essays legt nahe, daß es so etwas wie *den* Protestantismus in der DDR gegeben habe. Nun steht dem zunächst die Binsenweisheit entgegen, daß dem Protestantismus als *Proprium* gerade der Pluralismus eingeschrieben ist. Außerdem gelten auch hier die probaten Einwände aller historischen und kulturwissenschaftlichen Aufklärer, daß sich dem mikrologischen Blick immer noch Differenzen erschlossen, wo die systematischen Disziplinen in einem imperial-logozentrischen Akt im Geiste der rationalistischen Aufklärung Einheit schaffen wollten. Aber noch über diese eher allgemeinen und im Zeitgeist liegenden Einwände hinausgehend ist der Protestantismus in der DDR zunächst in besonderer Weise von Heterogenität geprägt.

Auf dem Gebiet der DDR befanden sich durch die territorialen Verwerfungen nach dem Zweiten Weltkrieg westlich der Oder-Neiße-Linie Torsi zweier großer preußischer Provinzialkirchen, nämlich der pommerschen und der schlesischen, wobei letztere im Gebiet um Görlitz herum auf Kirchenkreisgröße amputiert war. Man müßte mit Blick auf diese Kirche allerdings präziser sagen, daß hier der Kopf erhalten blieb und der Rumpf abhanden kam, da am Ende des Krieges die Kirchenleitung in die schlesische Oberlausitz fliehen konnte, aber eigentlich nicht mehr über die Provinzialkirche verfügte, deren Haupt zu sein ihre Bestimmung war. Daneben fanden sich intakte Provinzen der Altpreußischen Union, wie etwa die Kirchenprovinz Sachsen und die Brandenburgische, die allerdings im Verlaufe der weiteren Entwicklung *de facto* von den Westbezirken Berlins getrennt wurde. Dem gegenüber blieben die drei großen lutherischen Kirchen, diejenigen Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens, territorial weitgehend unversehrt. Diese sollten auch später, noch vor der Gründung eines gesamtprotestantischen Kirchenbundes, zu einer Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR zusammenfinden. Als Erweiterung der Heterogenität gesellt sich zu diesem schon unheitlichen Bild die die Größe weniger Kirchenkreise nicht wirklich überbietende Anhaltinische Kirche, die ursprünglich keinem der beiden konfessionellen Lager zugehörig war, später sich dann der Union zugesellte. Der kirchliche Flickenteppich wurde im Design noch etwas aufgepeppt durch Exklaven westlicher Landeskirchen, die in der Kirchenprovinz und in Thüringen eingesprengelt waren, von denen wohl das Schmalkaldener Gebiet das bekannteste sein wird, freilich ohne den anderen die historische Bedeutung absprechen zu wollen.

Der territorialen und konfessionellen Gestalt des deutschen Protestantismus, welcher dem Wiener Kongreß offensichtlich Konzilscharakter zuzuschreiben scheint, läßt sich ohne Mühe immer wieder Material für anekdotische Real-satiren abgewinnen. Das ist hier freilich nicht die Absicht, allerhöchstens ungewolltes Nebenprodukt. Dennoch wird an dieser Darstellung deutlich, daß auf dem Gebiet der DDR keine gewachsene kirchliche Struktur vorhanden war,

sondern binnenprotestantische konfessionelle Unterschiede ebenso manifest waren wie antipreußische Haltung im lutherischen Süden. Dazu kam die Reorganisationsproblematik bei den weitgehend untergegangenen Kirchen in Pommern und Schlesien.

Diese Probleme konnten zunächst dadurch abgefedert werden, daß alle acht Landes- und Provinzialkirchen auf dem Gebiet der SBZ bzw. DDR Teil der sich gründenden Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurden. Doch schon mit den Maßnahmen zur Errichtung einer undurchlässigen Grenze 1952, noch verstärkt durch den Mauerbau 1961, waren die östlichen Gliedkirchen der EKD zunehmend gezwungen und herausgefordert, ihren Weg selbständig zu bestimmen und zu reflektieren. Dies geschah zunächst noch im Rahmen der EKD, zum Teil in der kirchlichen Ostkonferenz, die erst später zur „Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik (KKL)“ institutionalisiert wurde. Erst mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) im Jahre 1969 kann man von einer wirklichen kirchlichen Organisation im Rahmen der Deutschen Demokratischen Republik sprechen. Die besondere Gemeinschaft mit den EKD-Kirchen blieb erhalten und wurde gepflegt. Freilich war dieser Schritt nicht unumstritten, wurde doch von manchen darin eine Anpassung an die diktatorischen Machthaber in der DDR, mithin sogar ein Verstoß gegen die dritte These der Barmer Theologischen Erklärung gesehen. Diese verwirft, daß die Kirche ihre Ordnung „ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen“ dürfe. Von den Befürwortern der Loslösung von der EKD wurde darin aber gerade keine beliebige oder bloß den staatlichen Verhältnissen geschuldete Maßnahme gesehen, sondern eine um der Klarheit des Zeugnisses und der Wirksamkeit des Dienstes willen notwendige, nicht zuletzt deshalb, weil nur so die kirchliche Handlungsfähigkeit erhalten *und* auf die spezifischen Verhältnisse in der DDR bezogen werden konnte. Es ist hier weder der angemessene Ort noch ausreichender Platz, um diese Diskussion zu rekonstruieren. Festgehalten werden kann allerdings, daß durch die Gründung des Bundes organisatorische wie auch theologische Handlungsfähigkeit, die sich auf die spezifische Situation in der DDR einstellen konnte, in neuer Qualität erreicht war. Selten wird in diesem Zusammenhang gesehen, daß der Zusammenschluß der evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der DDR nach der Gründung der Arnoldshainer Konferenz im Jahre 1967 erfolgte, mit der innerprotestantische Gegensätze insbesondere hinsichtlich des Abendmahls überwunden wurden, die nach dem Zweiten Weltkrieg noch verhindert hatten, die EKD als eine „Kirche“ und nicht nur als einen Kirchenbund zu gründen. Es wäre lohnend, die Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen im BEK auch einmal vor dem Hintergrund der Überwindung innerprotestantischer konfessioneller Grenzen zu betrachten, auch wenn es zur Gründung der Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR nicht gekommen ist.

Gleichwohl ist festzuhalten, daß es mit der Gründung des BEK gelungen ist, trotz der beschriebenen Einbrüche in der Mitgliedschaft, den Protestantismus in der DDR institutionell zu stabilisieren. Die Landeskirchen blieben in ihrer nach dem Zweiten Weltkrieg gefundenen Gestalt erhalten und hatten mit dem BEK eine organisatorische Form gefunden, die als Koordinationsinstanz nach innen und Verhandlungspartnerin nach außen die Interessen der Landeskirchen vertreten und ein Ausspielen der einzelnen Kirchen durch staatliche Organe gegeneinander weitgehend verhindern konnte. Somit war eine organisatorische Struktur geschaffen, die den Fortbestand der „Kirche im Sozialismus“ ermöglichte. Freilich wäre diese Struktur nicht überlebensfähig gewesen, ohne die immense materielle und politische Unterstützung durch die westlichen Gliedkirchen der EKD und durch sie vermittelte staatliche Maßnahmen – oder nur zum Preis einer direkten Abhängigkeit vom Staat wie etwa in anderen Ostblockstaaten. Unter diesen Voraussetzungen konnten die evangelischen Kirchen in der DDR trotz einer fortschreitenden Entkirchlichung als Volkskirche überleben, als eine Minderheitskirche, die allerdings ihre parochialen Strukturen flächendeckend erhalten konnte und durch die Unterstützung aus dem Westen über eine für DDR-Verhältnisse gute Infrastruktur verfügte.

Damit war die Evangelische Kirche die einzige von der SED und ihren Massenorganisationen unabhängige Organisation in der Gesellschaft der DDR. Im kirchlichen Rahmen konnte sich so im Laufe der Zeit eine institutionalisierte Gegenöffentlichkeit entwickeln. Die sozialen Gruppen, die sich für Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzten, gehörten zu dieser Struktur genauso wie die Synoden, welche die einzigen freien demokratischen Organe in der DDR waren. Die Kirchen hatten Vervielfältigungsmaschinen und eigene Zeitschriften, die als unabhängige Foren genutzt werden konnten. Die Kirchen verfügten also über Organisationsstrukturen, personale und materielle Ressourcen, die es möglich machten, ihre Unabhängigkeit weitestgehend zu wahren und zunehmend eine institutionalisierte Gegegenöffentlichkeit zu etablieren.

Dies gilt trotz der eklatanten Einzelfälle von Kooperationen mit der Stasi oder anderen staatlichen bzw. Parteiorganen. Gerade die DDR-weite Organisation der evangelischen Kirchen im BEK und die kritische Diskussion der Situation in der DDR auf den Synoden des BEK Anfang der siebziger Jahre waren der Anlaß, daß die Zuständigkeit für die Kirchenpolitik enger an das ZK der SED gebunden und über die Stasi versucht wurde, Einfluß auf die kirchenleitenden Organe zu nehmen. Ohne Zweifel ist es der Stasi gelungen, nicht nur über IMs, sondern auch über eingeschleußte Offiziere im besonderen Einsatz, interne Informationen aus der evangelischen Kirche zu gewinnen und möglicherweise auf Entscheidungsprozesse Einfluß zu nehmen. Geradezu frapperend ist, in welchem Umfang es Kirchenjuristen waren, denen auf diese Weise die Staatsnähe der evangelischen Kirchen angelegen war. Gleichwohl kann man nach dem heutigen Forschungsstand nicht davon ausgehen, daß die evangelische Kirche auf diese Weise ihre Eigenständigkeit verloren hätte. Vielmehr scheint es so zu sein,

daß gerade diese kritische Eigenständigkeit es war, welche die Evangelische Kirche zum begehrten Objekt staatssicherheitsdienstlicher Observation und Infiltration machte. Trotz teilweise erschreckender und schrecklicher Einzelfälle kann von dem Aufwand der Stasi allerdings nicht auf den Erfolg geschlossen werden. Sicherlich konnte der Staat durch von IM oder offizielle Mitarbeiter gewonnene Informationen seine Taktik und Strategie optimieren und ebenso wird es Einflußnahmen auf einzelne Entscheidungen gegeben haben, wobei hinsichtlich des letzteren Problems allein schon die Erfordernisse der Konspiration enge Restriktionen für das operative Handeln mit sich brachten. Auf's Ganze gesehen konnte die Evangelische Kirche allerdings nicht nur ihre organisatorische Eigenständigkeit wahren, sondern gerade in den achtziger Jahren auch zunehmend Positionen in der Gesellschaft der DDR Raum geben und zur Sprache bringen, die sonst in der gleichgeschalteten Struktur keinen Platz hatten.

Dies darf freilich nicht so verstanden werden, als hätte die Evangelische Kirche nicht mit dem Staat kooperiert. Man wird davon ausgehen müssen, daß eine begrenzte Anpassung an die real existierenden restriktiven und repressiv durchgesetzten Handlungsbedingungen die Voraussetzung war, um überhaupt handlungsfähig zu sein. In einem System, das von einer leninistischen Partei beherrscht wurde, die einen totalen Herrschaftsanspruch hatte und diesen in weiten Teilen der Gesellschaft auch durchzusetzen versuchte, erforderte das Überleben, insbesondere einer gesamtgesellschaftlichen Organisation, die nicht über das Privileg verfügte, sich privatisierend in eine Nischenexistenz begeben zu können, die Anerkennung der faktischen Machthaber und die Bereitschaft mit diesen in gewisser Weise zu kooperieren. Dies ist freilich nicht zu verwechseln mit der Zustimmung zu deren Politik. Nicht das Faktum einer solchen Kooperation, auch nicht die Quantität allein, sondern die Regeln und Kriterien, gemäß derer eine solche Kommunikation und partielle Zusammenarbeit erfolgte, mithin also die Qualität solcher Beziehungen, sind dasjenige, nach dem sie zu beurteilen ist. Aus dem Faktum solcher regelmäßigen Koordinationen und Kooperationen auf eine Kumpanei der Evangelischen Kirche mit der staatlichen Macht zu schließen, verfehlt die Sache um's Ganze. Einer durchgängigen Anpassung wäre auch deshalb schon ein Riegel vorgeschoben gewesen, weil die Evangelische Kirche nicht in der Weise hierarchisch strukturiert war, daß eine solche Linie von oben hätte durchgesetzt werden können. Weder konnten die Landeskirchen vom BEK gesteuert werden, noch die Synoden oder Gemeinden von den Kirchenleitungen. Freilich bot diese partizipatorische Struktur auch Einfallstore für Einflußnahme von außen, die allerdings wieder durch die Struktur selbst abgedefert werden konnte. Die Akkommodation auf der kirchenleitenden Ebene war gleichsam die Voraussetzung dafür, eine organisatorische Struktur zu erhalten, die es auf der individuellen und Gemeindeebene ermöglichte, der staatlichen Repression mit resistentem Verhalten zu begegnen und die Konsequenzen abzumildern. Die kirchlichen Seminare und Ausbildungsstätten, die denen offen

standen, welchen der Zugang zu staatlichen Bildungseinrichtungen verwehrt war, sind ein Beispiel dafür.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Wahrung der kirchlichen Eigenständigkeit eine wesentliche Säule für das Fortbestehen und Fortwirken des Protestantismus in der DDR war. Dies wäre wohl ohne die Wahrung der organisatorischen Strukturen, die ohne die westlichen Unterstützung nicht realisierbar gewesen wäre, ohne die organisatorische Konsolidierung durch die Gründung des BEK und ohne die Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung erst ermöglichende partielle Akkommodation an die staatliche Struktur nicht möglich gewesen. Freilich gewann diese organisatorische Eigenständigkeit ihre Bedeutung nur durch ihre inhaltliche Bestimmtheit. Die organisatorische Selbstständigkeit war zugleich Voraussetzung und Ausdruck einer theologischen Selbst- und Neubestimmung als einer „Kirche im Sozialismus“, die sich als „Kirche für andere“ verstand.

3. Die Gegenläufigkeit von theologischer Kontextualisierung und sozialer Milieuerengung

Daß es einen spezifischen Protestantismus in der DDR gegeben habe, der mehr oder anderes war als eine territoriale Gliederung des Protestantismus, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg im westlichen Teil Deutschlands entfaltet hat, nimmt der Titel dieses Essays stillschweigend in Anspruch. Daß dieses Spezifikum mit und durch die Abtrennung der östlichen Gliedkirchen der EKD und ihrer eigenständigen Organisation im räumlichen und legalen Rahmen der DDR nicht hinreichend dargestellt und charakterisiert wird, ist die unterliegende These, die nun entfaltet werden soll. Sie besagt im Kern, daß die evangelischen Kirchen in der DDR, beginnend in den sechziger Jahren und prägnant zum Ausdruck gebracht in den frühen siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts, sich explizit in ihrem Auftrag und Dienst auf die spezifische Situation in der DDR einlassen wollten. Nicht im Sinne einer Anpassung an die herrschenden Verhältnisse, sondern im Sinne einer Erkundung der sozialen Lebenswelten des real existierenden Sozialismus, in denen das Evangelium zu verkünden und im Dienst für die anderen zu bezeugen, der Kirche Jesu Christi in der DDR aufgegeben war. In diesem Sinne konnte man nicht Kirche *neben* oder *gegen* die sozialistische Gesellschaft sein, sondern nur *in* ihr. Aus dieser Standortbestimmung erwuchs die prägnante Formel von der „Kirche im Sozialismus“. Sie war von Anfang an umstritten, blieb interpretationsbedürftig und offen für Vereinnahmungen. M.E. läßt sich aber zeigen, daß diese Formel weder eine reine Ortsangabe war, wie immer wieder entschärfend als Interpretationsangebot in Umlauf gebracht wird, noch eine affirmative Zustimmung zum Sozialismus in der in der DDR existierenden Form, wenn auch das Regime und manche seiner kirchlich-theologischen Vasallen es so gerne verstanden wissen wollten. Gerade das letz-

tere Mißverständnis scheint bis heute in der historiographischen Zunft reflexhafte Phobien auszulösen, die dem Fehlschluß unterliegen, daß überall, wo Sozialismus drauf stehe, auch Sozialismus drin sein müsse. Was dann als Ermächtigung dazu dient, diejenigen zu diskreditieren, die als Theologen und in Kirchenleitungen bemüht waren, den Dienst der Kirche in den realen Verhältnissen zu tun, gerade weil sie nicht bereit waren, sie zu akzeptieren oder gar die herrschenden Verhältnisse hinzunehmen. Aber die Menschen, die sich auf solche Wege begaben, waren oft diejenigen, die sich auch nach der Wende erlaubten, politisch und kirchenpolitisch eigensinnig zu sein und deshalb den Zorn des kirchenkonservativen Justemilieu auf sich zogen.

Wenn man die theologische, ekklesiologische und gesellschaftliche Bedeutung nicht nur der evangelischen Kirchen, sondern auch des Protestantismus in der DDR verstehen will, ist es notwendig, genau diese interpretativen Irrwege zu vermeiden und das Konzept der „Kirche im Sozialismus“ im konstitutiven Zusammenhang des von Bonhoeffer angeeigneten Konzepts der „Kirche für andere“ zu sehen. Die evangelische Kirche in der DDR war in der Weise Kirche im Sozialismus, indem sie Kirche für andere war. Für andere Kirche zu sein, hieß aber gerade, sie in ihrer spezifischen Situation zu verstehen, anzusprechen, aufzusuchen und zu begleiten. Unter den gegebenen Verhältnissen der „sozialistischen“ Gesellschaft in der DDR hieß dies, auch die Mißstände zu benennen, ohne sich im Gestus der Fundamentalopposition den gesellschaftlichen Herausforderungen zu verweigern. Wenn in diesem Sinne vom „verbesserlichen Sozialismus“ gesprochen wurde, verstanden die Herrschenden der SED sehr wohl, was das bedeutete – besser als jene Interpreten, die heute darin eine Sozialismus-Affinität oder gar -Affirmation ausmachen zu können meinen. Die SED sah darin eine Kampfansage und ihre Staatssicherheit ging über Jahre gegen den öffentlichen Kündler dieses Konzeptes mit dem Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ vor, was auch in der post-stalinistischen Phase einer leninistischen Partei etwas anderes war als eine beiläufige politische Invektive.

Wenn man diesen Zusammenhang sowohl in Hinsicht auf die Genese als auch auf die Geltung übersieht, steht man in der Gefahr, eine geeignete Optik auf den Protestantismus in der DDR zu verfehlen. Sicherlich wird man dann noch das eine oder andere Phänomen in den Focus bekommen, allerhand Details mikroskopieren können, oder auch in einer diachronen Kamerafahrt biographisch oder organisations-, vielleicht sogar sozial- oder mentalitätsgeschichtlich Interessantes zu Tage fördern können; die Totale, welche eine Zusammenhänge von Theologie, Kirche und Gesellschaft aufklärende Perspektive einzunehmen erlaubte, bleibt so verstellt.

Die neuen Konzeptionen schlossen an vorauslaufende Entwicklungsstränge in den sechziger Jahren an, die nicht nur mit der Abtrennung der evangelischen Kirchen in der DDR von den westlichen EKD-Kirchen zu tun hatten, sondern wohl zu einem erheblichen Maße auch einem Generationswechsel geschuldet waren. So kann man die Debatte um die „Zehn Artikel von der Freiheit und

Dienst der Kirche“ von der KKL und der „Sieben Sätze von der Freiheit der Kirche zum Dienen“ des Weißenseer Arbeitskreises, die im Jahr 1963 mit dem sukzessiven Erscheinen der Papiere ihren Anfang nahm, sowohl als eine theologische Ortsbestimmung nach dem Mauerbau und der Einführung der Wehrpflicht lesen, als auch als Einläuten des Post-Dibelius-Zeitalters, in dem nun damals jüngere Theologen in kirchenleitende Verantwortung kamen, die vor dem Zweiten Weltkrieg in der Kirche noch nicht an verantwortlicher Stelle gestanden hatten. Auch konnte an ökumenische Debatten, z.B. an das Konzept der „Missionarischen Gemeinde“ angeschlossen werden.

Wegweisend und nachhaltig prägende Gestalt gewann diese Diskussion Anfang der siebziger Jahre, insbesondere um und durch die Diskussion eines „Profilpapiers“ mit dem Titel „Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirchen und Christen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR“, das der Ausschuß „Kirche und Gesellschaft“ für die KKL erarbeitet hat und von dieser 1973 angenommen wurde. Einer breiteren Öffentlichkeit konnte es allerdings erst nach dem Ende der DDR zugänglich gemacht werden. Dort ist bereits angelegt, daß für die theologische und gesellschaftliche Existenz der Kirchen in der DDR eine genaue und realistische Situationsanalyse mit der präzisen Beschreibung des Auftrags der Kirche in Beziehung gesetzt werden mußte, um zu Konkretionen in Hinblick auf „Gestalt von Zeugnis, Dienst und Gemeinschaft“ gelangen zu können. An diese Vorüberlegungen konnte Heino Falcke, der dem Ausschuß selbst in verantwortlicher Funktion angehörte, in seinem wegweisenden Synodalvortrag auf der dritten Tagung der ersten Synode des BEK 1972 in Dresden anknüpfen.

„Christus befreit – darum Kirche für andere“ lautet die theologische Grundierung und ethische Konsequenz einer Theologie, die sich die Pflicht auferlegte, das Evangelium in der spezifischen DDR-Situation zur Sprache und zu Gehör zu bringen und in der Bestimmung des Handelns der Kirche und der einzelnen Christinnen und Christen dafür einzutreten. Die Kirche für andere wird von der Befreiung durch Christus her bestimmt. Daraus ergibt sich für Falcke ein Gefälle von der Befreiung der einzelnen hin zum Dienst der Kirche an der Befreiung: „Die Befreiung des Menschen durch Christus, die Befreiung der Kirche zum Dienst, die Kirche im Dienst der Befreiung.“ Diese streng christologisch hergeleitete Begründung des Auftrags der Kirche entgeht allerdings der Gefahr, im schlechten Sinne offenbarungstheologisch, nämlich deduktiv hergeleitete theologische Spekulation zu sein. Vielmehr bedürfe es der Situationserkundung, um die Verantwortung für die sozialetischen Konkretionen einer Kirche im Dienst der Befreiung sachgerecht entfalten zu können. Diesen Auftrag zur Situationserkundung sieht er im Evangelium vorgegeben: Die „geschichtliche Dynamik des Evangeliums will uns aufschließen für unsere Situation. Sie macht lernbereit und führt in die Aufgabe der Situationserkundung.“ Aus der christologischen Argumentation gewinnt er die Orientierung des im Glauben motivierten, in der Situationserkundung sachlich informierten sozialetischen Handelns: Es ist die

Hoffnung auf eine *verbesserliche Welt*, eine *verbesserliche Kirche* und in diesem Sinne auf einen *verbesserlichen Sozialismus* als der vorfindlichen Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens in der DDR.

Freilich hat es in den nicht ganz zwei Jahrzehnten, die der BEK nach dieser Synode noch Bestand hatte, allerlei andere theologische Strömungen und Gegenströmungen gegeben. Aber mit dem „Profilpapier“ und dem Synodalvortrag „Christus befreit – darum Kirche für andere“ sind signifikante Wegmarken auf dem Entwicklungspfad theologischer Reflexion in der DDR gesetzt. Sie stellen die Grundlage für eine *Kontextualisierung* von kirchlichem Zeugnis und Handeln dar. (Vielleicht könnte man vorverweisend die These entwickeln, daß neben solcher Martyria und Diakonia die Liturgia in den Friedensgebeten ihre kontextuelle Gestalt gewonnen hat.) Dadurch ist ein Niveau theologischer Reflexion und mit ihr sozialetischer Orientierung gewonnen, das über den DDR-spezifischen Entstehungsgrund hinausweist und in komparativer Perspektive mit den Entwicklungen in anderen protestantischen Kirchen als nicht unwesentlicher Beitrag anzusehen ist. Es wäre also ein inhaltliches, theologisches Spezifikum markiert, das es rechtfertigte in emphatischer Weise, nicht nur im Sinne einer Ortsangabe, von der Evangelischen Kirche in der DDR als „Kirche im Sozialismus“ zu sprechen. Da bisher aber nur die Ebene kirchlich-organisatorischer Akteure in den Blick genommen wurde, stellt sich die Frage, ob diese Entwicklung es erlaubt, auch von einem „Protestantismus in der DDR“ zu sprechen, wenn der Terminus denn mehr bezeichnen soll als die Gesamtheit der juristisch bzw. soziologisch als protestantisch zu fassenden Menschen in der DDR.

Diese theologische Auftragsbestimmung der Kirche blieb nicht ohne Konsequenzen für das ekklesiologische Verständnis ihrer Gestalt. Schon das oben erwähnte Konzept der „Missionarischen Gemeinde“ hatte die Öffnung der Kirche in die Gesellschaft hinein, nicht zuletzt durch innovative Sozialformen, zum Inhalt. Daran anknüpfend, wenn auch in ganz anderer Ausgestaltung, stellten die sogenannten alternativen Gruppen, die vor allem in den achtziger Jahren im Raum der Kirche entstanden oder in diesen einwanderten, eine Herausforderung für die Kirche und ihr ekklesiologisches Selbstverständnis dar. Die Gruppen befaßten sich mit konkreten Fragen, die für sie im Kontext der Gesellschaft relevant wurden: die Bewahrung des Friedens, Ausgleich zwischen Nord und Süd, Umweltschutz, Frauenemanzipation, Menschenrechte und andere ähnliche Themen. Unter den Restriktionen des staatlichen Monopolanspruchs auf gesellschaftliche Willensbildung waren sie – bis auf wenige Ausnahmen – bis gegen Ende der DDR auf kirchliche Räume und Ressourcen angewiesen. Die Kirchen konnten einen gewissen Schutzraum gewähren, gleichzeitig riskierten sie durch die Unterstützung der Gruppen, selbst durch widerwillige und passive, Konflikte mit Staat und Partei. Deshalb hatte es nicht geringe Bedeutung, daß die Frage, ob die Gruppen denn als Teil der Kirche anzusehen seien, zwar kontrovers diskutiert, aber in der Tendenz doch positiv entschieden wurde. Damit hatte die

kontextuelle theologische Bestimmung des Dienstes der Kirche praktische Konkrete hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, ihrer Gestalt und ihres Handelns gefunden. Trotz anhaltender Spannungen zwischen Kerngemeinden und Kirchenleitungen auf der einen und den alternativen Gruppen auf der anderen Seite wurden die Kirchen so zu einem Ort, wo Dienst an der Befreiung geleistet wurde. Im (teilweise wohl weder intendierten noch koordinierten und auch nicht kausal verknüpften) Zusammenspiel von die organisatorische Handlungsfähigkeit erhaltenden Kirchenleitungen, gesellschaftliche Ersatzöffentlichkeit herstellenden Synoden und sozialetisch aktiven Gruppen entstand so der einzige Raum im homogenisierten Sozialsystem der DDR, wo institutionalisierte kommunikative Verständigung und begrenztes gesellschaftliches Engagement möglich waren. Die theologische und sozialetische Kontextualisierung hat somit zu einer prinzipiellen gesellschaftlichen Öffnung der Kirchen geführt.

Gleichwohl darf man darüber nicht vergessen, daß die soziale Basis sowohl der volksgemeinlich verfaßten Minderheitskirche und noch vielmehr der alternativen Gruppen äußerst schmal war. Erstere umfaßte vor allem die volksgemeinlichen Residualmilieus, nachdem die traditionellen protestantischen Eliten in Adel und Bürgertum durch Flucht bzw. an Vertreibung grenzende Nötigung überwiegend in den Westen emigriert waren. Die Gruppen speisten sich zumindest teilweise aus einem anderen Milieu. In ihnen versammelten sich neben Pastorinnen und Pastoren und kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jene im Westen für die Neue-Soziale-Bewegungsforschung unverzichtbaren, in der DDR eher seltene Spezies einer städtischen, gebildeten und mehr an post-materiellen Werten orientierten Mittelschicht. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die Gesamtheit der Gruppen in der DDR nur wenige hundert Menschen umfaßt hat. Die alternativen Gruppen waren nichtsdestotrotz für die Entstehung des Protests in der DDR in den achtziger Jahren bedeutsam und insofern eine notwendige Bedingung für die Massenproteste und schließlich die Wende im Jahr 1989, auch wenn eine Kontinuität bzw. kausale Abhängigkeit nicht nachzuweisen ist. In diesem Sinne besteht ein konstitutiver Zusammenhang zwischen der kontextuellen Bestimmung der Kirche im Sozialismus als Kirche für andere und dem Protestantismus in der DDR. Über die Gruppen und ihre in mehrfacher Hinsicht vermittelnde Funktion in andere gesellschaftliche Bereiche wurde der rein binnenkirchliche Rahmen gesprengt und mit den inhaltlichen Konsequenzen der kontextuellen Bestimmung des Auftrags der Kirche Resonanz in den nicht-kerngemeindlichen Milieus des Protestantismus erzielt. Insofern scheint es gerechtfertigt, den Protestantismus in der DDR als unterschieden von der organisierten Kirche, wenngleich auf sie bezogen, als Kirche im Sozialismus zu beschreiben, der sich selbst als Kirche für andere bestimmt.

Die wohl eindrucksvollste und bedeutsamste synergetische Symbiose sind Kirchen und Gruppen im Prozeß der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in den Jahren 1988 und 1989 eingegangen. In dem durch starke Partizipation gekennzeichneten Beratungsprozeß

sind Ende April 1989 auf der dritten Vollversammlung in Dresden Texte verabschiedet worden, die in bisher nicht gekannter Offenheit Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR übten und gleichzeitig Veränderungsperspektiven eröffneten. Dies war in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Zum einen wurde so ein Forum für gesellschaftliche Öffentlichkeit geschaffen, das über den konfessionellen Binnenraum hinauswies, zum anderen entstanden so Strukturen der Vernetzung von gesellschaftlichen Kräften, wenngleich auch nur einer gesellschaftlichen Minderheit, die außerhalb der SED, der Blockparteien und ihrer Massenorganisationen keine Parallele hatten. Schließlich wirkten die erarbeiteten Inhalte in die Wende hinein, fanden Eingang in die Programme der Bürgerrechtsgruppen und neu entstehenden Parteien, und manche der Grundaussagen wurden sogar in einige Verfassungen der neuen Länder inkorporiert.

Zusammenfassend muß man wohl festhalten, daß die Öffnung der evangelischen Kirchen durch die theologische Kontextualisierung ermöglicht wurde, so daß die Evangelische Kirche in der DDR ihrem im Evangelium begründeten Auftrag gemäß politische Diakonie in der sozialistischen Gesellschaft der DDR leisten konnte. Diese gesellschaftliche Ausstrahlung der Kirchen ging aber mit einer gegenläufigen Entwicklung einher: Trotz der ekklesiologischen Öffnung der Kirchen verengte sich das soziale Milieu von Kirche und Gruppen, bedingt durch die starke Entkirchlichung, zunehmend. Gerade am Ende der DDR bestand zwischen der gesellschaftlichen Wirksamkeit der Evangelischen Kirche und ihrer sozialen Basis eine erhebliche Diskrepanz. Auch das übrigens ein Aspekt, den man bei Betrachtung der Adventsversammlung in Kleinobringen bestätigt finden kann.

4. Strukturwandel von Kirche und Öffentlichkeit

Es wurde nun schon mehrfach angedeutet, daß der Evangelischen Kirche in der DDR ab den siebziger Jahren eine besondere gesellschaftliche Rolle zukam. Sie wurde gleichsam zur alternativen Öffentlichkeit, zum Ort kommunikativer Verständigung, an dem Kritik an gesellschaftlichen Zuständen zur Sprache kommen und Handlungsperspektiven entwickelt und teilweise erprobt werden konnten. Dadurch befand sich die organisierte Gestalt der Kirche im gesellschaftlichen Arrangement der DDR an dem Riß zwischen offizieller und inoffizieller Sphäre oder, wie ich meine, es analytisch präziser fassen zu können, an der institutionellen Schnittstelle von „System“ und „Lebenswelt“ im terminologischen Sinne von Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns. So konnten die Prozesse kommunikativer Verständigung, die im organisatorischen Rahmen der Evangelischen Kirche stellvertretend für eine gesellschaftliche Öffentlichkeit stattfanden, über die institutionalisierte Koppelung der Kirchen(leitungen) an die systemische Kommunikation, wenn auch in sehr eingeschränkter Weise, Willensbildungsprozesse und Dissens auf die Ebene des Systems vermitteln.

Die gesellschaftliche Rolle der Evangelischen Kirche in der DDR war im Vorfeld und während der Wende 1989/1990 besonders augenfällig. Die kirchlichen Räume dienten als Versammlungsstätten sowohl der Bürgerrechtsgruppen, etwa bei den Friedensgebeten, wie auch für die Ausreisewilligen, obwohl die Evangelische Kirche letzteren kritisch gegenüberstand und die Menschen zum Bleiben zu motivieren versuchte. In Leipzig und wohl auch in anderen Städten trafen sie sich, getrennt von einander, doch in der selben Gemeinde. Wesentliche Akteure waren kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich auf das Kommunikationsnetz der Kirchen und der alternativen Gruppen sowie auf kirchliche Ressourcen, z.B. Telephone, Vervielfältigungsgeräte etc. stützen konnten. Die Initialphase des Massenprotestes wurde von den kirchlich-alternativen Gruppen angestoßen, wenngleich sie niemals in der Lage waren, die Massenbasis, die später zu dem entscheidenden Veränderungsdruck geführt hat, von sich aus zu mobilisieren. Hier war die Verschärfung der Situation durch die massenhafte Ausreise nach dem veränderten Grenzregime Ungarns an der Grenze zu Österreich und die Berichterstattung der westlichen Medien darüber ein entscheidender Motivations- und Mobilisierungsfaktor. Die Ereignisse, die zur Wende geführt haben, können nicht monokausal erklärt werden. Es war wohl eine mehrsträngige Handlungskette, die teilweise nur zufällig verknüpft war. Gleichwohl wird man die Rolle der Evangelischen Kirche als eine notwendige Voraussetzung dafür ansehen müssen.

In dieser besonderen Rolle, welche die Evangelische Kirche in der Endphase der DDR einnahm, liefen die verschiedenen Entwicklungsstränge zusammen. Sie konnte Schutzraum – im spatialen und politischen Sinne – nur gewähren, da sie ihre organisatorische Eigenständigkeit *und* Handlungsfähigkeit gewahrt hatte. Sie konnte Kristallisationskern und Katalysator für den Protest, im inhaltlichen und im handfesten Sinne, nur werden, weil sie sich im Zuge der theologischen Kontextualisierung zum Dienst in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen verpflichtet wußte und in der Konsequenz auch den dissidenten Strömungen in den alternativen Gruppen geöffnet hat, ohne sich selbst in die Rolle der politischen Opposition zu begeben. Genau dadurch wurde sie zum Ort jener alternativen Öffentlichkeit und kommunikativer Verständigung, die zur Initialphase des Protestes beigetragen hat.

Im Prinzip war diese Rolle schon strukturell obsolet, als nicht mehr das enge kirchliche, politisch dissidente Milieu in spektakulären, aber kleinen Aktionen die Artikulationsformen des Protestes bestimmte. Die Masse der Demonstrierenden ab Oktober 1989 waren nicht politische Dissidenten, sondern Menschen, die mit der sich verschlechternden Lage unzufrieden waren, die durch die Ausreisewelle eine aktuelle Motivation hatten und für welche die Montagsdemonstrationen nach den Friedensgebeten einen Mobilisierungseffekt darstellten, der massenmedial vermittelt und verstärkt wurde. Von da an entwickelte sich sukzessive eine neue Struktur von politischer Öffentlichkeit, die zwar vielfach aus der Kirche heraus entstand, aber unmittelbar in einer emergenten Struktur

Gestalt gewann und damit das Arrangement der fast schon ehemaligen DDR qualitativ veränderte. Es entstanden nicht nur Bürgerkomitees und Parteien, auch die mediale Öffentlichkeit löste sich zunehmend von der Dominanz der SED-Linie.

Zwar konnte der Protestantismus in der DDR weiterhin öffentlichkeitswirksam gestalterisch und verantwortlich an den Transformationsprozessen mitwirken. Zum einen mit einem Mandat für die Kirchen, den zentralen und etliche andere Runde Tische zu moderieren, zum anderen über viele protestantische Einzelpersonlichkeiten, die sich in den neuen Formen politischer Öffentlichkeit einbrachten. Die Funktion der Evangelischen Kirche, Trägerin einer alternativen Öffentlichkeit zu sein und an der Schnittstelle zwischen System und Lebenswelt Prozesse kommunikativer Verständigung in den systemischen Code zu transformieren, war nun aber in dem Maße hinfällig wie andere Institutionen einer sich neu formierenden pluralen Öffentlichkeit im Rahmen der Restitution einer liberalen Demokratie diese Aufgaben übernahmen.

Der Protestantismus in der DDR war somit vor eine besondere Transformationskrise gestellt. Zum einen stellte sich ihm die Aufgabe, wie in vielen anderen gesellschaftlichen Feldern auch, die Frage der Anpassung an das neue System und die organisatorische Überwindung der Teilung zu bewerkstelligen. Zum anderen aber war zu verarbeiten, daß die Evangelische Kirche gerade noch in der Öffentlichkeit und auch in der Selbstwahrnehmung, wahrscheinlich in etwas verzerrter Perspektive, zusammen mit den Gruppen als entscheidende Akteurin der Wende angesehen und geschätzt wurde und sich binnen kurzer Frist in der Realität einer unterfinanzierten und strukturell hypertrophen Minderheitskirche, die am Tropf des Westens hing, wiederfand und sich nun zum Teil mit berechtigten, zum Teil mit weit überzogenen Vorwürfen einer Unterwanderung durch Stasi-IMs konfrontiert sah. Der sich abzeichnende Weg eines einfachen Wiederauflebenlassens der Mitgliedschaft in der EKD durch die einzelnen Landeskirchen ließ unter den gegebenen Kräfteverhältnissen wenig Raum für die spezifischen Errungenschaften des Protestantismus in der DDR. Dadurch, daß sich die östlichen Landeskirchen schließlich kollektiv wieder in der EKD zurückmeldden, ging der BEK als bisheriger Referenzrahmen eines spezifischen DDR-Protestantismus in kurzer Frist verloren.

Der Protestantismus in der DDR fand sich in einer Situation wieder, die zugleich von Substanz- und Akzeptanzverlust geprägt war. Die organisatorischen Strukturen, deren Erhaltung in Form extensiver volkswirtschaftlicher Formen für die Bedeutung des Protestantismus in der DDR konstitutiv gewesen waren, mußten dringend reformiert werden. Die Anpassung an die Sozialstaatsstruktur des Westens ließ dann bisweilen die Gemeinden und Kirchen fast nur noch als Anhängsel der meist um ein mehrfaches größeren diakonischen Organisationen erscheinen. Gleichzeitig kam es nicht zu einer von vielen erhofften deutlichen Zunahme der Kirchenmitgliedschaft. Diese korrigierte sich noch einmal leicht nach unten und dümpelt mit regionalen Unterschieden so um die 20%. Der Glanz der Frie-

denkerzen war vergangen und die Kirche war wieder auf ihre schmale soziale Basis zurückverwiesen. Zudem mußte sie sich nun in Konkurrenz mit vielen anderen Institutionen in der pluralen Öffentlichkeit zurecht finden.

Diejenigen, die in der DDR eine theologische Kontextualisierung geleistet hatten, waren nicht immer in der Lage, eine solche auch im veränderten Kontext ins Werk zu setzen. So gerieten einstmals wegweisende Ansätze zu anachronistischen Monumenten, die aus einer untergegangenen Zeit historisch mahnend, aber nicht konzeptionell wegweisend herübertagen. Die nachwachsenden protestantischen Eliten im jüngeren und mittleren Alter fanden zu einem erheblichen Teil ihren Weg in Politik und Medien und sind dort auch häufig deutlicher als Protestantinnen und Protestanten kenntlich als ihre Altersgenossen aus dem Westen. Obwohl diese Entwicklung urprotestantisch ist, nicht als konfessionelle Korporation, sondern durch die in ihrem Gewissen bestimmten mündigen und verantwortlichen Einzelnen an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken, fehlen diese personellen Ressourcen in den Kirchen.

Unter dem Anpassungsdruck an den Westen und dem Überlebensdruck in einer deprivierten entkirchlichten Gesellschaft setzten sich in den Leitungsstrukturen der evangelischen Kirchen der nun ehemaligen DDR eher die restaurativen Kräfte durch. Dies mag zu einem erheblichen Teil den gegebenen Sachzwängen angesichts der in Gefahr stehenden volkswirtschaftlichen Strukturen geschuldet sein, in manchen Fällen vielleicht auch einer Tendenz, welche die theologischen Entwicklungen in der Zeit des BEK nicht nur mit Zustimmung verfolgt hat. Zum Teil sind dabei die neuen theologischen Zuschnitte nicht nur anti-staatssozialistisch geraten, sondern man kann sich des Eindrucks nicht immer ganz erwehren, daß sie auch anti-moderne Züge tragen. Besonders eindrücklich ist das an einigen theologischen Fachbereichen, wo die Ordinarien-herrlichkeit zusammen mit den Curricula der fünfziger Jahre wieder Einzug hielt und dort eher der Muff der Adenauer-Dibelius-Zeit zu spüren ist als der Wind des Wechsels.

Nun in Kleinobringen scheint man davon unbeeindruckt. Manche Charakteristika des DDR-Protestantismus sind allerdings auch hier erkennbar. Nicht nur die Kirche, sondern auch die Kirchengemeinde besteht noch. Der Pfarrer muß zwar mehrere Gemeinden versorgen, und diese sind zum Teil recht klein, aber die flächendeckende volkswirtschaftliche Struktur konnte durch die DDR hindurch und aus ihr in die neue BRD hinübergerettet werden. Ohne diese Struktur würde nicht nur der Kirche ihre Basis fehlen, sondern auch manchem Dorf jegliche soziale Institution. Daß der Initiator des Abends im Hauptberuf Moderator in einem Radiosender ist, zeigt sowohl die Veränderung der Strukturen von Öffentlichkeit an, wie auch die Tendenz, daß junge, qualifizierte Protestanten ihr Wirkungsfeld außerhalb der Kirche suchen und finden.

Die Offenheit für die parakirchlichen Hervorbringungen des Protestantismus ist ebenfalls geblieben. Der Pfarrer, als Gast in seiner eigenen Kirche, nimmt nicht nur an der Veranstaltung Teil, sondern wählt den Rahmen dieser „kultu-

rellen Gruppe“ im Raum der Kirche für die Einsetzung der neugewählten Kirchenältesten. Den Anwesenden wird damit zugemutet, nicht nur Publikum, sondern Gemeinde zu sein. Indem es die Stücke eines Kammerchors des Bach-Ensembles Weimar mitvollzieht, Weihnachtsgeschichten zu Gehör bekommt und in die Advents- und Weihnachtslieder miteinstimmt hat es das zumindest hingenommen.

Daß solche kulturellen Veranstaltungen möglicherweise sogar unintentional im protestantischen Geist in den nicht immer blühenden Landschaften der ehemaligen DDR stattfinden, ist wohl das Erbe eines Protestantismus in der DDR, der durch die Ausbildung theologischer Eigentümlichkeit auch im repressiven und säkularen Umfeld eine gewisse Strahlkraft bewahrte. Nachdem die „Kirche im Sozialismus“ in doppelter Weise untergegangen ist, könnte sich aus solchen Anfängen vielleicht einmal wieder ein neuer Aufbruch ergeben, der eine kontextuelle Theologie für eine „Kirche in der neoliberalen Globalisierung“ hervorbringen könnte. Eine kontextualisierte Theologie, die den Dienst des Protestantismus in einer Welt bestimmte, in der die reichen Zentren und die verarmende Peripherie immer weiter auseinanderdriften. Das wäre der Unterschied zwischen protestantischer Folklore und protestantischer Kultur, die in der Lage ist, ein orientierendes Ethos aus sich heraus und ins Werk zu setzen.

In Kleinobringen jedenfalls ist an diesem Adventsabend Licht und Hoffnung. Den Glühwein und die Plätzchen als säkularisierte Eucharistie zu deuten, geht aber sicher zu weit.

Literatur in Auswahl

- Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden. Eine Dokumentation, Berlin 1990.
- Dähn, Horst (Hg.): Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz, München 1993.
- Daiber, Karl-Fritz: Kirche und religiöse Gemeinschaften in der DDR, in: Gegenwartskunde, Sonderheft 5, 1988, pp. 75–88.
- Demke, Christoph u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Leipzig 1994.
- Falcke, Heino: Mit Gott Schritt halten. Reden und Aufsätze eines Theologen in der DDR aus zwanzig Jahren, Berlin 1986.
- Friebel, Thomas: Kirche und politische Verantwortung in der sowjetischen Zone und der DDR 1945–1969. Eine Untersuchung zum Öffentlichkeitsauftrag der evangelischen Kirchen in Deutschland, Gütersloh 1992.
- Gemeinsam unterwegs. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1980–1987, Berlin (Ost) 1989.

- Grabner, Wolf-Jürgen u.a. (Hg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990.
- Haspel, Michael: Politischer Protestantismus und gesellschaftliche Transformation. Ein Vergleich der Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR und der schwarzen Kirchen in der Bürgerrechtsbewegung in den USA, Tübingen/Basel 1997.
- Haspel, Michael: DDR-Protestantismus und politischer Protest. Politische Diakonie der evangelischen Kirchen in der DDR in den 70er und 80er Jahren, in: Detlef Pollack, Dieter Rink (Hg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989, Frankfurt a.M./New York 1997, pp. 78–105.
- Haspel, Michael: Die evangelischen Kirchen in der DDR. Zur Institutionalisierung einer öffentlichen Sphäre zwischen System und Lebenswelt, in: Ritter-sporn, Gábor; Rolf, Malte; Behrends, Jan (Hg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs, (Komparatistische Bibliothek, Bd. 11), Frankfurt u.a. 2003, pp. 239–253.
- Heckel, Martin: Die Vereinigung der evangelischen Kirchen in Deutschland (= Ius ecclesiasticum, Bd. 40), Tübingen 1990.
- Heidingsfeld, Uwe-Peter: Die evangelischen Kirchen in Deutschland und die epochalen Veränderungen seit 1989, in: epd-Dokumentation Nr. 15/00.
- Heidingsfeld, Uwe-Peter: „Kirche im Sozialismus“ aus einer Westperspektive, in: epd-Dokumentation Nr. 41/99.
- Hermelink, Jan (Hg.): Kirchliche Umbrüche nach der Wende. Eine ostdeutsche Zwischenbilanz, Praktische Theologie 34, H. 4, 1999.
- Kleßmann, Christoph (Hg.): Kinder der Opposition. Berichte aus Pfarrhäusern in der DDR, Gütersloh 1993.
- Lepp, Claudia; Nowak, Kurt (Hg.): Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945-1989/90), Göttingen 2001.
- Maser, Peter: Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR 1949–1989. Ein Rückblick in Daten, Fakten und Meinungen, Konstanz 1992.
- Mehlhausen, Joachim (Hg.): Zur Kirchengeschichte der DDR, Verkündigung und Forschung 43, H. 1, 1998.
- Neubert, Ehrhart: Eine protestantische Revolution, Osnabrück 1990.
- Pollack, Detlef (Hg.): Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche, Frankfurt a.M. 1990.
- Pollack, Detlef: Von der Volkskirche zur Minderheitskirche. Zur Entwicklung von Religiosität und Kirchlichkeit in der DDR, in: Hartmut Kaelble u. a. (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, pp. 271–294.
- Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart/Berlin/Köln 1994.
- Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000.

- Rendtorff, Trutz (Hg.): Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR: Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien, Göttingen 1993.
- Schröter, Ulrich; Zeddies, Helmut (Hg.): Nach-Denken. Zum Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Frankfurt a.M. 1995.
- Seidel, J. Jürgen: „Neubeginn“ der Kirche? Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit (1945–1953), Göttingen 1989.
- Siegele-Wenschkewitz, Leonore (Hg.): Die evangelischen Kirchen und der SED-Staat – ein Thema Kirchlicher Zeitgeschichte (= Arnoldshainer Texte, Bd. 77), Frankfurt a.M. 1993.
- Thumser, Wolfgang: Kirche im Sozialismus. Geschichte, Bedeutung und Funktion einer ekklesiologischen Formel, (Beiträge zur Historischen Theologie 95), Tübingen 1996.